

Nachrichten

Regeln zur Sicherheit von AKW präzisiert

Bern. Der Bundesrat will präziser regeln, für welche Naturkatastrophen Atomkraftwerke gerüstet sein müssen. Er hat gestern eine Reihe von Verordnungsänderungen in die Vernehmlassung geschickt. AKW-Betreiber müssen ihre Anlagen so schützen, dass bei einem Störfall nicht mit einer grösseren Freisetzung radioaktiver Stoffe zu rechnen ist. Es soll zwischen naturbedingten und technisch bedingten Störfällen unterschieden werden. SDA

Freihandelsnetz soll ausgebaut werden

Bern. Der Bundesrat will 2018 den Freihandel weiter vorantreiben. Das schreibt er im Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik. Im laufenden Jahr sollen die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Ecuador und Indonesien und wenn möglich mit Indien, Malaysia und Vietnam abgeschlossen werden. Die Schweiz gehöre zu den zehn grössten Kapitalexporthuren, hält der Bundesrat fest. Sie sei auf günstige Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen angewiesen. SDA

Kommission will Mindestpreis für Zucker

Bern. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) bleibt dabei: Sie will einen Mindestpreis für Zucker einführen. Die Ständeratskommission hatte sich dagegen ausgesprochen. Nun entscheiden die Räte. Die WAK des Nationalrats beantragt ihrem Rat mit 15 zu neun Stimmen bei einer Enthaltung, der Initiative Folge zu geben. Weil die EU die Zuckerproduktion ausgeweitet hat, ist der Preis gesunken. Die Kommission ist der Ansicht, dass Handlungsbedarf besteht. SDA

Bildungsaustausch ausserhalb von Europa

Bern. Der Bundesrat blickt bei der Bildungsmobilität über Europa hinaus. Neu können auch Projekte in Ländern gefördert werden, die nicht am Austauschprogramm Erasmus+ teilnehmen. Vorerst handelt es sich um befristete Pilotprojekte, mit denen neue Fördermodelle erprobt und der Mehrwert aussereuropäischer Austausch- und Mobilitätsaktivitäten ausgelotet werden sollen. Für die Pilotprojekte stehen 2018–2020 2,4 Millionen Franken zur Verfügung. SDA

Militärische Infosysteme: Vorgaben angepasst

Bern. Der Bundesrat hat eine Änderung der Verordnung über militärische Informationssysteme genehmigt. Damit gelten neue Rechtsgrundlagen für die Bearbeitung von Personendaten im Verteidigungsdepartement, besonders in der Armee und in der Militärverwaltung. Mit der Anpassung werden gesetzliche Vorgaben im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) umgesetzt. SDA

Gehörlose weiterhin diskriminiert

Bern. Gehörlose Menschen in der Schweiz werden weiterhin diskriminiert: Insgesamt wurden 2017 dem Schweizerischen Gehörlosenbund 52 Fälle von Diskriminierungen am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum gemeldet. Betroffen waren etwa gehörlose Personen, die wegen ihrer Behinderung nicht angestellt wurden, am Arbeitsplatz gemobbt oder von bestimmten Krankenkassenmodellen ausgeschlossen waren. SDA

Kritik an zu hohem Umwandlungssatz

Bern. Der Beirat Zukunft Finanzplatz kritisiert den zu hohen Umwandlungssatz für die Renten der zweiten Säule. Hinzu kommen die tiefen Zinsen, die die Anlageergebnisse zunehmend verschlechtern. Zudem sei das Korsett für die Pensionskassen für Anlagen eng. In einem Bericht, über den sich der Bundesrat informieren liess, macht er aber keine Empfehlung. SDA

Nicht «stufengerecht»

Nationalratskommission will indirekten Gegenvorschlag zur Hornkuh-Initiative

Von Michael Surber

Bern. Die Hornkuh-Initiative des politischen Aussenseiters und jurassischen Bergbauern Armin Capaul ist seit gestern definitiv in den Mühlen des Politbetriebes in Bern angekommen. Nachdem es im letzten Jahr noch danach ausgesehen hat, als würde die Initiative ohne Unterstützung von Bundesrat und Parlament unverändert an die Urne kommen, hat sich gestern doch noch etwas getan: Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK) will die Initiative, die 2016 mit der beeindruckenden Anzahl von 154071 Unterschriften eingereicht wurde, nun doch nicht alternativlos an die Urne bringen.

Die WAK hat gestern entschieden, einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Dies beschloss sie überraschend deutlich mit 18 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen. «Die Kommission steht der Förderung von horntragenden Nutztieren positiv gegenüber und ist überzeugt, dass die Initiative in der Bevölkerung grosse Sympathien geniesst», heisst es in der Medienmitteilung der WAK.

Die Idee, den Schutz von Horntieren direkt per Gesetz umzusetzen, ist Capaul und seinen Mitstreitern nicht unvertraut. Capaul versuchte schon vor der Lancierung seiner Initiative, diesen Schutz auf dem Verordnungsweg zu erwirken. Briefe an den Bundesrat mit Forderungen dieser Art verliefen damals jedoch im Sand, sodass Capaul sich gezwungen sah, seinem Anliegen über eine Volksinitiative und damit über die Verfassung Nachdruck zu verschaffen.

«Will eigentlich Abstimmung»

Am Dienstag haben die Initianten nun bei der WAK vorgesprochen und ihre Anliegen einmal mehr in Bern vorgetragen. «Danach hat die Kommission ohne uns hinter verschlossenen Türen beraten und ist dann mit der Idee des indirekten Gegenvorschlags herausgekommen», erklärt Armin Capaul der BaZ. Die WAK will ganz offensichtlich keinen Hornkuh-Artikel in der Bundesverfassung. Es sei nicht richtig, «dieses Anliegen in der Bundesverfassung zu verankern», die Materie sei nicht «stufengerecht», schreibt sie in ihrer Erklärung.

Mit dem jetzt aufgegleisten indirekten Gegenvorschlag möchte es die WAK den Initianten ermöglichen,



Kampf ums Horn. Bauern, die ihren Tieren die Hörner belassen, sollen künftig einen finanziellen Beitrag erhalten. Foto Keystone

einen «bedingten Rückzug» ihrer Initiative zu vollziehen, wie es in der Medienmitteilung weiter heisst. Capaul ist zu einem solchen Schritt unter Bedingungen bereit, hadert aber gleichzeitig damit, dass sich dann die über 150000 Unterzeichner übergeben fühlen könnten. «Ich will eigentlich, dass die Schweiz über die Hörner abstimmt», sagt Capaul. Deshalb wird er auch ganz genau hinschauen, wie der endgültige Gegenvorschlag dann aussehen wird.

Die jetzt schon auf dem Tisch liegende Fassung sieht vor, dass horntragende Tiere in Zukunft finanziell gefördert werden müssen. Dieser Beitrag soll zudem für alle horntragenden,

erwachsenen Tiere ausgerichtet werden. Profitieren könnten also nebst Rindern, Ziegen, Schafen auch andere horntragende Rassen wie beispielsweise Wisente, Yaks, Wasserbüffel. Die ursprüngliche Initiative bezieht sich hingegen nur auf Kühe, Zuchtstiere, Ziegen und Zuchtziegenböcke.

Noch langer Weg

Voraussetzung für einen Beitrag wäre jedoch die Einhaltung bestimmter Tierwohlstandards. Einen minimalen Förderbeitrag will die WAK aber nicht in das Gesetz schreiben. Dieser könne dann «allenfalls auch auf Verordnungsstufe festgelegt werden», wurde gestern kommuniziert.

Donald Trump kommt nach Davos

US-Präsident reist ans Weltwirtschaftsforum – Demonstrationen sind geplant

Chur. Der amerikanische Präsident Donald Trump reist ans Weltwirtschaftsforum (WEF), teilte das Weisse Haus gestern mit. Es ist erst der zweite Besuch eines US-Präsidenten in Davos.

Trump freue sich darauf, am diesjährigen WEF bei den weltweiten Führungspersonlichkeiten seine «America First»-Agenda voranzutreiben, um für «amerikanische Unternehmen, die amerikanische Industrie und die amerikanischen Arbeiter» zu werben. An einem Gespräch mit Trump interessiert ist Bundespräsident Alain Berset: Die Schweiz und die USA pflegten langjährige, intensive Beziehungen auf unterschiedlichsten Ebenen.

«Business machen»

Trump wolle am WEF vor allem «Business machen», sagte Martin Naville, Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, in der Sendung «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens SRF. Am WEF wolle er direkt mit der Wirtschaftselite sprechen, so wie er es gewohnt sei, via Twitter direkt mit den Leuten zu sprechen.

Trump wolle in Davos erklären, was sein Leitspruch «America First» bedeute, sagte Naville, nämlich nicht Protektionismus, sondern Freihandel nach amerikanischen Regeln. «An diesem WEF will Trump im Mittelpunkt stehen.» In Davos werde der US-Präsident seine Botschaften abliefern können. Das WEF 2018 dauert vom 22. bis

26. Januar. Es nehmen rund 3000 Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teil. Auch der französische Präsident Emanuel Macron kündigte bereits seine Teilnahme an.

Einzig Bill Clinton

Die USA sind am WEF traditionell zahlreich und hochrangig vertreten – der Besuch eines Präsidenten ist jedoch eine Seltenheit. Als bisher einziger reiste Bill Clinton im Jahr 2000 nach Davos. Clinton brach damals in seiner Rede vor der versammelten Prominenz eine Lanze für die Welthandelsorganisation (WTO) und den Freihandel.

Beim Besuch von Trump dürfte es wohl ganz anders tönen, denn der amtierende US-Präsident vertritt eine isolationistische Wirtschafts- und Aussenpolitik. Auch das Thema des diesjährigen Weltwirtschaftsforums – «Für eine gemeinsame Zukunft in einer zersplitterten Welt» – beisst sich mit Trumps politischer Agenda. Konkret sollen dabei innovative Ideen vorgelegt werden, um etwa den Freihandel beizubehalten und den Umweltschutz zu stärken.

Die Ankündigung von Trump kam für die Sicherheitsverantwortlichen relativ überraschend. Für das Sicherheitsdispositiv in Davos hat dies kaum Auswirkungen, schweizweit muss sich die Polizei nun aber mehr koordinieren.

«Ich war ein wenig erstaunt, dass er kommt», sagte Walter Schlegel, Kommandant der Bündner Kantonspolizei,

gestern. Ihre Informationen seien bis dahin eigentlich gegenteilig gewesen. Nun würde man aber alle Vorkehrungen treffen, damit Trump «das WEF in Ruhe besuchen kann». Für die Sicherheitsvorkehrungen am WEF-Austragungsort hat der höchstrangige Besuch aus den USA jedoch nur einen kleinen Einfluss. «Es gibt keine grossen Anpassungen», so Schlegel. Am WEF 2017 hatte bereits der chinesische Staatspräsident Xi Jinping. Der Polizeikommandant geht davon aus, dass US-Präsident Trump in etwa das gleiche Programm absolvieren werde. Bezüglich dem Personenschutz spiele es keine Rolle, ob es sich um den US-amerikanischen oder den chinesischen Präsidenten handle.

Für Schlegel steigt mit Trumps WEF-Teilnahme aber die Wahrscheinlichkeit, dass mehr Demonstrationen in der Schweiz abgehalten werden. «Wir müssen uns gesamtschweizerisch polizeilich eng zusammenschliessen und absprechen», sagte Schlegel, da seien «noch viele Planungen notwendig». Er hoffe jedoch, dass solche Demonstrationen friedlich durchgeführt würden.

Wegen des angekündigten Besuchs von Donald Trump in Davos rechnen linke Aktivisten mit regem Zulauf. Sie planen für Dienstag, den 23. Januar, eine Demonstration in Zürich. Dies sagte ein Sprecher der «Bewegung für den Sozialismus». Schon diesen Samstag ist in Bern eine Demonstration gegen das WEF angekündigt. SDA/vj

Test für ein Kleindorf

Projekt zum Grundeinkommen

Bern. In einem Schweizer Dorf soll getestet werden, wie sich ein bedingungsloses Grundeinkommen auf zwischenmenschliches Verhalten und den lokalen Wirtschaftskreislauf auswirkt. Eine Filmemacherin will so «die Blockade in den Köpfen» lösen.

Im Juni 2016 hat die Schweiz das bedingungslose Grundeinkommen mit 76,9 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung habe gezeigt, dass noch viele Fragen offen seien, schreibt die Filmemacherin Rebecca Panian gestern in einer Mitteilung. Sie sucht ein Dorf, in dem das Grundeinkommen getestet werden kann. Die Experiment-Gemeinde muss den Einwohnern für den Zeitraum eines Jahres eine Einkommensabsicherung in Höhe des Existenzminimums zusprechen. Für Erwachsene liegt diese gemäss Panian bei 2500 Franken und für Minderjährige bei 625 Franken.

Wenn das Einkommen einer Person unter diese Schwelle fällt, wird es durch zusätzliche finanzielle Mittel bedingungslos aufgestockt – entweder mit dem Beitrag der Gemeinde oder von externen Finanzquellen.

Ideal für das Projekt wäre gemäss Panian ein Dorf mit 150 bis 1000 Personen. Die Bevölkerungsstruktur solle möglichst vielseitig sein. Das Projekt ist bereits auf Interesse gestossen: Panian hat bereits zwischen 20 und 30 Rückmeldungen erhalten. SDA